

WELCHE ZUKUNFT?!

Von Andres Veiel und Jutta Doberstein

WELCHE ZUKUNFT?

Labor am 16. September 2017 (10 - 20 Uhr)

im Deutschen Theater Berlin

(Anmeldung zur Teilnahme unter welchezukunft.org)

Workshop

Elite & Demokratie: Rolle rückwärts

Die Eliten in den meisten wichtigen Ländern haben die Ursachen der letzten Krise nicht wirklich begriffen oder begreifen wollen.

Experte: Michael Hartmann (Prof. i.R. für Soziologie, TU Darmstadt)

Der Soziologe Michael Hartmann forscht zu der Rolle der bundesrepublikanischen und europäischen Leistungselite. Bleiben angesichts der Selbstrekrutierung dieser Führungszirkel Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit leere Versprechen? Und wie verstärkt die soziale Immobilität eine neue Wirtschafts- und Finanzkrise?

Je exklusiver sich die Eliten rekrutieren, umso stärker unterscheidet sich ihre Sichtweise auf die Finanzkrise. Arbeiterkinder sehen in der Deregulierung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln die wesentliche Ursache, Bürger- und Großbürgerkinder dagegen die Staatsverschuldung im selben Verhältnis.

Eine Studie in der USA hat ergeben, dass seit dem 2. Weltkrieg eine Regel gilt: Wenn Arbeiter- und Mittelschichtskinder die Mehrheit unter den wichtigen Ministern stellen, bleiben die Einkommensunterschiede relativ gering, wenn Bürger- und Großbürgerkinder dominieren, wachsen sie an. Bis Carter dominierte erstgenannte, seit Reagan letztgenannte.

Diese Aussage gilt auch für Europa. In Skandinavien sind die Eliten sozial am offensten, die sozialen Unterschiede am geringsten. Schaut man sich unter diesem Gesichtspunkt die Regierung von Macron an, so ist es keine Überraschung, dass sie Reformen nach Schröders Vorbild als Ziel für den Arbeitsmarkt hat. Das wird

die Ungleichheit verschärfen und damit die Voraussetzungen für eine neue Krise verbessern.

Die Eliten in den meisten wichtigen Ländern haben die Ursachen der letzten Krise nicht wirklich begriffen oder begreifen wollen. Die deutschen Eliten, so das Resultat unserer umfassenden Studie von 2012, sehen die Ursache der Finanzkrise nicht in der Deregulierung des Finanzsektors, sondern in den hohen Staatsverschuldung, mit den entsprechenden Konsequenzen (s. Griechenland).

Regulierungen im Finanzsektor sind deshalb allenfalls halbherzig durchgeführt worden. In den USA wird das Rad unter Trump und Mnuchin sogar zurückgedreht. Die britische Regierung sträubt sich gegen Regulierungen, weil sie den Finanzplatz London schützen will. Die deutsche Regierung drängt mit ihrem strikten Sparkurs viele südeuropäische Länder in die Rezession oder verhindert eine wirtschaftliche Erholung.

Die wachsende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen, die viel Geld in die Finanzmärkte und in die Spekulation schleust, wird nicht mit steuerlichen Maßnahmen zurückgedrängt. Die Eliten, so die Studie, sehen dafür mit großer Mehrheit keinen Anlass und wenden sich gegen eine höhere Besteuerung.

Mit China gibt es eine gewichtige Wirtschaftsmacht, die aufgrund des sehr großen Staatseinflusses nicht den üblichen kapitalistischen Regeln gehorcht und wo die politische Elite gegenüber der wirtschaftlichen ganz anders vorgeht (regelmäßige Verhaftungen auch von Milliardären). Daher ist das Verhalten der Eliten im Fall einer drohenden Krise auf den Finanzmärkten nur schwer vorherzusagen.

* * *

Mögliche Szenarien für den Zeitraum 2018 bis 2028

Premier der Reichen

Macron, der schon im Wahlkampf massiv von Milliardären wie Arnault unterstützt worden ist, gilt weiten Teilen der Bevölkerung als Premier der Reichen. Unter ihm wird eine französische Version der Agenda 2010 gegen massive innenpolitische Widerstände durchgesetzt. Gleichzeitig werden die Steuern für Unternehmen und hohe Einkommen wie Vermögen deutlich gesenkt und die Privatisierung staatlicher Unternehmen vorangetrieben. Macron hat dabei die Unterstützung der großen Mehrheit der Eliten, die eine Deregulierung des Arbeitsmarkts und die Senkung der Steuern für Unternehmen und hohe Einkommen wie Vermögen als dringend erforderlich erachten.

Italienische Großbanken müssen schließen

Weitere italienische Großbanken müssen schließen, weil sie Kredite an zahlreiche Unternehmen ausstehen haben, die nun zahlungsunfähig sind. Die politischen Kräfte in Italien, die die Euro-Zone verlassen wollen, gewinnen vorgezogene Neuwahlen. Die Lega Nord und die Fünf Sterne Bewegung bilden die neue Regierung. Sie setzen die unter Renzi begonnene Politik der Deregulierung des Arbeitsmarkts und von Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche fort.

Massive Proteste gegen Politik der EU

Die durch diese Maßnahmen vorangetriebene massive Spaltung der Bevölkerung in

Frankreich und Italien führt in Verbindung mit der schlechten Lage in Spanien und Griechenland zu massiven Protesten gegen die Regierungen und gegen die Politik der EU. Die EU-Kommission lehnt eine Änderung ihrer bisherigen Politik ab.

Trump-Regierung verhängt Strafzölle

Die Trump-Regierung verhängt Strafzölle gegen die deutsche Auto-Industrie. Die durch die verspätete Umstellung auf Elektro-Antriebe angeschlagene deutsche Auto-Industrie gerät in eine Krise. Die deutschen Eliten, deren Credo von der Exportfähigkeit nun in Frage gestellt ist, forcieren ihre bisherige Politik.

Kürzungen bei den Sozialleistungen

Die Bundesregierung beschließt eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern und gleichzeitig Kürzungen bei den Sozialleistungen sowie eine Anhebung der Mehrwertsteuer, um die Schuldenbremse einzuhalten.

May wird von Boris Johnson abgelöst

Die britische Regierung unter May stürzt und May wird von Boris Johnson abgelöst. Die neue Regierung forciert den Steuerwettlauf und senkt die Unternehmenssteuern auf den niedrigsten Satz in der OECD. Die Sozialleistungen werden weiter gekürzt. Die gravierenden Verschlechterungen für die breite Bevölkerung führen zu massenhaften Protesten und zu Streiks. Die Regierung ruft Neuwahlen aus.

Steuersätze für Unternehmen und Reiche werden massiv erhöht

Labour unter Jeremy Corbyn gewinnt die Wahlen. Die neue Labour-Regierung ändert die Politik radikal. Die Steuersätze für Unternehmen und Reiche werden massiv erhöht und parallel dazu die Sozialleistungen deutlich angehoben.

Streiks und Straßenkämpfe

Das britische Beispiel ermutigt oppositionelle Bewegungen in ganz Westeuropa. Es gibt massive Auseinandersetzungen mit Demonstrationen, Streiks und Straßenkämpfen, weil die Eliten ihre Politik unabirrt weiter verfolgen.

Ausnahmezustand

Nach der französischen Regierung verhängen auch die italienische und die spanische Regierung den Ausnahmezustand. Viele demokratische Grundrechte werden außer Kraft gesetzt und Polizei wie Militär gehen massiv gegen die Demonstranten vor.

* * *

Experte:

Michael Hartmann ist Professor i.R. für Soziologie an der TU Darmstadt. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Eliten-, Management- und Hochschulforschung im internationalen Vergleich. Er studierte Soziologie, Politikwissenschaft, Philosophie, Psychologie, Geschichte und Germanistik in Marburg und Hannover. Auf das Studium folgte 1979 die Promotion und 1983 seine Habilitation. Von 1999 bis 2014 war er Professor für Soziologie an der TU Darmstadt. 2002 erhielt er den Thyssen-Preis für den besten sozialwissenschaftlichen Aufsatz des Jahres und 2008 den Preis der Deutschen Gesellschaft für Soziologie für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der öffentlichen Wirksamkeit der Soziologie. Zu seinen Buchveröffentlichungen (alle im Campus Verlag) gehören: „Der Mythos von den Leistungseliten“ (2002), „Elitesoziologie“ (2004), „Eliten und Macht in Europa“

(2007), „Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten?“ (2013), „Die globale Wirtschaftselite. Eine Legende“ (2016).

Workshopmoderation:

Alex Röhle ist ein deutscher Journalist. Seit 2001 ist er Redakteur der Süddeutschen Zeitung und Buchautor. Er studierte Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft, sowie Französisch, Theologie und Philosophie. Bekanntheit als Buchautor erlangte Röhle durch seinen Selbstversuch, für ein halbes Jahr ohne Internet und Smartphone zu leben und zu arbeiten. Seine Erlebnisse dokumentierte er 2010 in dem Buch „Ohne Netz“ (Klett-Cotta Verlag).

* * *

„Welche Zukunft?!“ ist eine Koproduktion des Deutschen Theaters Berlin mit der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss, gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

**DEUTSCHES
THEATER
BERLIN**

 HUMBOLDT
FORUM
IM BERLINER SCHLOSS

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Medienpartner:

 Deutschlandfunk Kultur